Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2006

Nr. 182

ausgegeben am 31. August 2006

Gesetz

vom 23. Juni 2006

über die Abänderung des Gerichtsgebührengesetzes

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 30. Mai 1974 über die Gerichtsgebühren (Gerichtsgebührengesetz, GGG), LGBl. 1974 Nr. 42, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 13 Abs. 7

7) Für die amtliche Einhebung verfallener Gebühren ist von der säumigen Partei ein Zuschlag in der Höhe von 2 % des geschuldeten Betrages, mindestens jedoch 3 Franken einzuheben. Verzugszinsen dürfen hingegen nicht erhoben werden.

Art. 17 Abs. 1

	1) Die Eingabengebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 1 000	17.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 5 000	34.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 5 000 bis Fr. 10 000	51.00

d)	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	85.00
e)	bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	170.00
f)	bei Streitwerten über Fr. 100 000	340.00

Art. 18 Abs. 1

1) Die Protokollgebühr beträgt für die erste Verhandlungsstunde: Fr.	
a) bei Streitwerten bis Fr. 500	9.00
b) bei Streitwerten über Fr. 500 bis Fr. 1 000	18.00
c) bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 5 000	36.00
d) bei Streitwerten über Fr. 5 000 bis Fr. 10 000	51.00
e) bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	85.00
f) bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	170.00
g) bei Streitwerten über Fr. 100 000	340.00

Art. 19 Abs. 1

1) Die Entscheidungsgebühr beträgt:	Fr.
a) bei Streitwerten bis Fr. 1 000	34.00
b) bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 5 000	85.00
c) bei Streitwerten über Fr. 5 000 bis Fr. 10 000	170.00
d) bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000) 340.00
e) bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 00	00 850.00
f) bei Streitwerten über Fr. 100 000 bis Fr. 500 0	1 700.00
g) bei Streitwerten über Fr. 500 000 bis Fr. 1 000	3 400.00
h) bei Streitwerten über Fr. 1 000 000 bis Fr. 2 00	00 000 5 100.00
i) bei Streitwerten über Fr. 2 000 000 bis Fr. 3 00	00 000 6 800.00
k) bei Streitwerten über Fr. 3 000 000 bis Fr. 4 00	00 000 8 500.00
l) bei Streitwerten über Fr. 4 000 000 bis Fr. 5 00	00 000 10 200.00
m) bei Streitwerten über Fr. 5 000 000 bis Fr. 6 00	00 000 11 900.00
n) bei Streitwerten über Fr. 6 000 000 bis Fr. 8 00	00 000 13 600.00
o) bei Streitwerten über Fr. 8 000 000 bis Fr. 10	000 000 15 300.00
p) bei Streitwerten über Fr. 10 000 000	17 000.00

Art. 23 Abs. 1

	1) Die Eingabengebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 10 000	17.00
		34.00
D)	bel stretched abel 11. 10 000.	31.00
	Art. 24 Abs. 1	
	1) Die Entscheidungsgebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 1 000	17.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 3 000	34.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 3 000 bis Fr. 10 000	85.00
d)	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	170.00
e)	bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	340.00
f)	bei Streitwerten über Fr. 100 000 bis Fr. 500 000	850.00
g)	bei Streitwerten über Fr. 500 000 bis Fr. 1 000 000	1 700.00
h)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 000 bis Fr. 3 000 000	3 400.00
i)	bei Streitwerten über Fr. 3 000 000 bis Fr. 5 000 000	5 100.00
k)	bei Streitwerten über Fr. 5 000 000 bis Fr. 8 000 000	6 800.00
1)	bei Streitwerten über Fr. 8 000 000	8 500.00
,		
	Art. 26 Abs. 2	
	2) Die Beschlussgebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 50	9.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 50 bis Fr. 100	12.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 100 bis Fr. 500	18.00
d)	bei Streitwerten über Fr. 500 bis Fr. 1 000	30.00
e)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 10 000	48.00
f)	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 100 000	85.00
g)	bei Streitwerten über Fr. 100 000 bis Fr. 500 000	170.00
h)	bei Streitwerten über Fr. 500 000 bis Fr. 1 000 000	340.00
i)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 000	850.00

Art. 29 Abs. 1

	1) Die Beschlussgebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 50	9.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 50 bis Fr. 100	12.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 100 bis Fr. 500	18.00
d)	bei Streitwerten über Fr. 500 bis Fr. 1 000	30.00
e)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 10 000	48.00
f)	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	85.00
g)	bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	170.00
h)	bei Streitwerten über Fr. 100 000 bis Fr. 500 000	850.00
i)	bei Streitwerten über Fr. 500 000 bis Fr. 1 000 000	1 700.00
k)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 000	3 400.00
	Art. 32a Abs. 1	
	1) Die Eingabengebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 10 000	17.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 10 000	34.00
ŕ		
	Art. 34 Abs. 1	
	1) Die Eingabengebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 5 000	17.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 5 000 bis Fr. 10 000	25.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	42.00
ď)	bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	85.00
e)	bei Streitwerten über Fr. 100 000	170.00
-,		
	Art. 35 Abs. 1	
	1) Die Entscheidungsgebühr beträgt:	Fr.
a)	bei Streitwerten bis Fr. 1 000	17.00
b)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 bis Fr. 5 000	42.00
c)	bei Streitwerten über Fr. 5 000 bis Fr. 10 000	85.00
,	bei Streitwerten über Fr. 10 000 bis Fr. 50 000	170.00
u)	bei biteitweiteil übei 11. 10 000 bis 11. 50 000	170.00

e)	bei Streitwerten über Fr. 50 000 bis Fr. 100 000	425.00
f)	bei Streitwerten über Fr. 100 000 bis Fr. 500 000	850.00
g)	bei Streitwerten über Fr. 500 000 bis Fr. 1 000 000	1 700.00
h)	bei Streitwerten über Fr. 1 000 000	4 250.00

Art. 38 Abs. 1 Bst. e

- 1) Die Einantwortungsgebühr beträgt:
- e) in jedem Fall jedoch mindestens Fr. 85.-.

Art. 40 Abs. 3

- 3) Die Pauschalgebühren sind von jeder Instanz unter Berücksichtigung des Umfanges und des Aufwandes für das Strafverfahren festzusetzen und zwar:
- a) im Verfahren wegen Übertretungen zwischen 9 Franken und 8 500 Franken;
- b) im Verfahren wegen Vergehen und Verbrechen zwischen 17 Franken und 17 000 Franken.

Art. 42

Für andere gerichtliche Amtshandlungen oder Entscheidungen sind folgende Gebühren einzuheben:

- a) für die Errichtung öffentlicher Urkunden eine Protokollgebühr in der Höhe von 1 % des Wertes der zu beurkundenden Erklärung oder des Rechtsgeschäftes, mindestens jedoch 60 Franken und höchstens 6 000 Franken;
- b) für die Errichtung eines gerichtlichen Testamentes eine Protokollgebühr von 85 Franken und für die gerichtliche Verwahrung einer letztwilligen Verfügung eine Verwaltungsgebühr von 30 Franken;
- c) für die Aufnahme von Wechselprotesten eine Protokollgebühr in der Höhe von 1 % der protestierten Wechselsumme, höchstens jedoch 850 Franken;
- d) für die gerichtliche Verwahrung oder Hinterlegung einer beweglichen Sache eine Verwahrungsgebühr in der Höhe von 1 % des Wertes der verwahrten Sache, mindestens jedoch 4 Franken;

- e) für Amtsbestätigungen jeder Art 17 Franken pro Bestätigung, unabhängig von der Anzahl der Ausfertigungen;
- f) für die Beglaubigung einer Unterschrift 10 Franken;
- g) für die Beglaubigung von Abschriften 4 Franken pro Seite;
- h) für Strafregisterbescheinigungen 9 Franken pro Bescheinigung;
- i) für einen Auszug aus dem Pfändungsregister 17 Franken;
- k) für die Bestimmung des zuständigen Vermittleramtes im Strafverfahren und bei Umwandlung einer von einer Verwaltungsbehörde verhängten Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe eine Gebühr von 17 Franken;
- l) für die Versendung von Akten jeder Art zur Einsichtnahme durch eine dazu berechtigte Partei 9 Franken bis 36 Franken.

II.

Übergangsbestimmungen

- 1) Dieses Gesetz ist auf Amtshandlungen anzuwenden, bei denen der Anspruch auf die Gebühr nach seinem Inkrafttreten begründet wird.
- 2) Auf hängige Verfahren, bei denen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes die Verhandlung geschlossen, die Entscheidung im Sinne von Art. 2 Bst. c jedoch weder verkündet noch an die Kanzlei zur Ausfertigung übergeben wurde, findet das bisherige Recht Anwendung.

III.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. September 2006 in Kraft.

In Stellvertretung des Landesfürsten: gez. *Alois* Erbprinz

> gez. Otmar Hasler Fürstlicher Regierungschef